

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

51. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Täglich 150 Nummern.

Leipzig, den 23. Januar 1913

Anzeigepreis: Arbeitsmarkt, Versammlungs-, Vergütungsinferte ufm. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 10

Aus dem Inhalte dieser Nummer

Artikel: Zur Generalversammlung. — Arankengeld und freiwilliger Umzug.

Das Buchgewerbe im Auslande: Österreich. — Italien. — Rußland. Feuilleton: Internationale Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik in Leipzig 1914.

Korrespondenzen: Brandenburg a. N. — Breslau. — Hamborn-Maryloh. — Hamburg-Altona. — Kitzingen a. M. — Mainz. — Oerode (Nipr.). — Rendsburg. — Striegau. — Weinböhla. — Weihenfels.

Rundschau: Rückgang der Löhne für Handwerker in Berlin in Folge Vermehrung der Schmalzschinken. — Schöffenauslösung. — Druckerstreik. — Betriebsunfall. — Zur Abfindung von Unfallrenten. — Unternehmerjubelstürzen für die Gelben im Eisenbruchgewerbe. — Zur Situation im Holzgewerbe. — Beiträge zur Angestelltenversicherung und steuerpflichtiges Einkommen. — Zur Errichtung eines Reichseinigungsamts. — Abänderung der städtischen Arbeitslosenfürsorge in Mannheim. — Christlich-nationales Verlangen nach Ausnahmeerlassen gegen die Arbeiterchaft. — Niederlage des englischen Arbeiterverbandes.

Die Tätigkeit der paritätischen Tarifarbeitsnachweise im IV. Quartale 1912.

zur Generalversammlung

Mit dem nachstehend zum Abdrucke kommenden Artikel wird die Diskussion eröffnet über die an die Danziger Tagung unfres Verbandsparlaments zu richtenden Wünsche resp. im weiteren Verlauf auch über die bis Ostern zu veröffentlichenden Anträge, wie sie bis zum 28. Februar zu stellen und beim Verbandsvorstand einzureichen sind. Die „Saison“ beginnt diesmal also etwas früher als vor zwei Jahren. Damals erschien der erste Artikel am 31. Januar. Bis zum Beginne der Hannoverischen Generalversammlung waren dann 27 Sträuhe zu einem stattlichen Wunschbuche gewunden.

Nach allem bewährten Verfahren wird die Redaktion sich so weit als möglich Meinungsäußerungen enthalten, ob das, was in diesen Artikeln zum Ausdruck kommt, empfehlenswert und annehmbar ist oder ob die gegebenen Anregungen bzw. von den einzelnen Mitgliedschaften erhobenen Forderungen undiskutabel resp. ausichtslos sind. Die Mitglieder sollen Gelegenheit haben, ihre Wünsche zu offenbaren und ihre Ansichten zu äußern, wie sie es sich vorstellen, daß unser Verband noch ausgebaut werden könnte, und welche Richtlinien sie bei Wahrnehmung der Organisations- wie ihrer eignen Interessen befolgen sehen möchten.

Da gibt es der Wege dreierlei: erstens die selbst gefäßigte Stellung von Anträgen zu den Mitgliedschaftsversammlungen, zweitens Beteiligung an der Diskussion und an der Abstimmung darüber im örtlichen Mitgliederkreise, drittens die öffentlich geführte Verfechtung seines Anliegens im „Korr.“. Die Frist zur Einreichung von Anträgen in den Mitgliedschaften läuft, wie aus den Berichten oder den „Mitteilungen“ der größeren Vereine zu ersehen ist, bald ab. Im „Korr.“ kann sich die Debatte bis zum Zusammentritte der Generalversammlung ausdehnen. Der Meinungsfreiheit ist also in jedem Falle genügend Raum gegeben. Es liegt an den Mitgliedern selbst, von diesem ihrem Rechte den rechten Gebrauch zu machen. Allerdings hat man in dieser Beziehung auch schon manches erlebt, was weder schön war, noch der einmal doch unentbehrlichen Logik, die in allen Sachen herrschen sollte, ein gutes Zeugnis ausstellte. Wir denken da an eine gar nicht kleine Mitgliedschaft, in der im vergangenen Jahr eine Versammlung sich speziell mit der Frage eines größeren Mittelbestimmungsrechts befaßt hatte, die aber einfach kläglich befaßt war.

Wenn im § 25 des Verbandsstatuts jedem Gau, jeder Mitgliedschaft sowie dem Verbandsvorstande das Recht eingeräumt ist, begründete Anträge zu stellen, so soll im gegenwärtigen Augenblicke mit diesem Hinweise nur eine größere Betonung auf das Wort „begründete“ gelegt werden. Die an die Ortsvereinsversammlungen als der ersten Empfangs- und Beschlußstelle zu richtenden Anträge sollen das Produkt reiflichen Nachdenkens und sorgfältiger Prüfung auf ihre Durchführbarkeit sein. Nicht, was dem einzelnen oder einzelnen Gruppen nützlich sein kann, sondern das der Allgemeinheit Dienliche muß das bewegende Moment bilden. Wenn dann noch, bevor die Wünsche sich zu bestimmten Anträgen verdichten, einmal die zu den letztmaligen Generalversammlungen gestellten Anträge durchgesehen, die vorherige Diskussion darüber im „Korr.“ und die Stellungnahme unfres Parlaments dazu verfolgt werden würde, dann dürfte aus dem Schicksale so manchen Verlangens sich ergeben, was notwendig und zeitgemäß und deshalb als neuer Antrag auch wohl begründet zu bezeichnen ist. Man glaubt gar nicht, daß es auch Mordforderungen gibt, die einmal Staub aufwirbeln und dann vergessen sind, wie es anderseits nicht für möglich gehalten werden sollte, daß gewisse Anträge, über deren Undurchführbarkeit kein Zweifel bestehen kann und solcher auch nicht auf früheren Generalversammlungen belassen worden ist, immer und immer wiederkehren.

Diejenigen, die im „Korr.“ ihre Stimme in die Wagchale werfen wollen, haben noch mehr darauf zu achten, daß das von ihnen zu Sagende Hand und Fuß hat. Es ist auch zu berücksichtigen, wie die zu machenden Ausführungen in der Öffentlichkeit wirken, und weiter, daß die Kritik aus den eignen Reihen nicht allzu schonend auszufallen pflegt. Nicht zuletzt wolle man sich aber größter Kürze befleißigen. Solche Artikel sind stets leichter unterzubringen, denn die übrigen Aufgaben des „Korr.“ sollen und dürfen nicht unter der Generalversammlungsdiskussion leiden.

Wenn es auch diesmal ausgeschlossen sein wird, daß im „Korr.“ sich eine Stimme gegen jedwede Erhöhung der Unterfützungen erheben wird, wie es noch 1911 der Fall war, so darf aber doch nicht die Anschauung Platz greifen, als ob etwa die Tagung von Danzig eine Spezialgeneralversammlung für Kassen- und Unterfützungsangelegenheiten sein werde. Das, was uns näher liegen muß, die beruflichen und tariflichen Fragen wie die technischen Umwälzungen samt den gewerblichen Problemen, bedingt unter allen Umständen das größere Interesse. Wir sehen ja fast täglich, daß es mit den Überraschungen kein Ende hat, daß wir in immer kompliziertere Verhältnisse hineingelangen. Deshalb ja auch die Beitragserhöhung von diesem Jahr ab, die der Oberschlaukopf Treffert nicht in der großen Arbeitslosigkeit begründet sieht (nachdem es mit seiner unlängst ausgeheckten Weisheit, der Verbandsvorstand habe mit dieser Anordnung seine Befugnisse überschritten, wieder einmal ein großer Reinfall war), da ja schon schlechtere Jahre dagewesen seien. Als ob eine durchschnittliche Arbeitslosigkeit von fast 5 Proz. wie in den fünf letzten Jahren — man muß sich nur vorstellen, welche große absolute Zahl diese 5 Proz. ergeben — eine Gewerkschaft dauernd ohne einen Ausgleich tragen könnte, zumal im Hinblick auf zu beschließende Unterfützungserweiterungen noch

erhöhte Ausgaben künftig zu erwarten stehen! Bei dieser geistig wie immer recht armseligen Argumentierung widerfuhr dem „Typograph“ auch noch das Mißgeschick, aus dem eignen Lager gleich zweimal desavouiert zu werden. Da hat z. B. die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ sich in ihrer Nr. 2 d. J. gegen einige Zentrumsblätter gewandt, die einen Watschettel abgedruckt hatten, der die hohen Gewerkschaftsbeiträge zum Vorwurfe nahm. Dieses dem „Typ.“ so nahestehende Blatt meinte, mit diesem alten Schlager sollte doch einmal Schluss gemacht werden; auch die christlichen Gewerkschaften und die Zentrumsparthei erhöhen immer höhere Beiträge, um den sich selbst gestellten Aufträgen gerecht werden zu können. Obendrein hatte Treffert am 20. Dezember eine Resolution des bündlerischen Bezirksvereins Weimar abdrucken müssen, in der eine Reform des Unterfützungswesens im Gutenbergbund unter entsprechender Erhöhung der Beiträge gefordert wird. Eine Organisation könne die rechten Erfolge nur dann erzielen, wenn ihr durch höhere Beiträge größere Mittel zur Verfügung gestellt werden. Danach hat der Bund noch nichts Nichtiges erreicht, die Beiträge müssen deshalb erhöht werden. Treffert aber, der so etwas in sein eignes Blatt aufnehmen muß, fabuliert ein böses Zeug zusammen über die im Verbands herrschende, indes von niemand wahrgenommene Mißstimmung ob der erhöhten Beiträge und bezeichnet die Begründung dafür als Schwindel. So rächt sich an diesem verchlagenen Menschen stets die Niedrigkeit seiner Gesinnung.

Bekanntlich hat die vorjährige Gauvorfeherkonferenz sich eingehend mit den von der Verbandsleitung und den Gauvorständen für notwendig erachteten Abänderungen der Unterfützungszweige beschäftigt und schließlich ist man zu einem Resultate gelangt, das, wie man aus unterschiedlichen Verlaufbarungen in Versammlungsberichten entnehmen konnte, nicht überall befriedigt hat. Wenn die Anträge der Mitgliedschaften zur Veröffentlichung kommen, werden auch die Vorschläge der Gauvorfeherkonferenz zu den einzelnen Paragraphen bekanntgegeben. Bei ihrer Entgegennahme ist zu berücksichtigen, daß ohne einen Ausgleich in einem nicht zu weit gesteckten Rahmen eine Reform des Unterfützungswesens sich heute nicht ermöglichen läßt, da die Anforderungen speziell bei der Arbeitslosenunterfützung uns dauernd zu Opfern zwingen, die bei der rapid vor sich gehenden technischen Entwicklung gar nicht abzusehen sind. Man sieht zwar an einigen Orten nicht geringe Hoffnungen auf die kommunale Arbeitslosenversicherung, aber es ist doch zu sagen, daß diese lediglich als Beihilfe zu der gewerkschaftlichen Unterfützung zu denkende Versicherung nur sehr, sehr langsam in Aufnahme kommt. An die von Staats- resp. von Reichs wegen ist jeder Gedanke weit verfrüht. Der Staatssekretär Delbrück frug am 15. Januar im Reichstage sogar erkaunt, wo auf dem Gebiete der Versicherung der Arbeiter denn noch etwas herkommen solle und gab als einen äußerst vagen Zukunftswechsel die Erklärung ab, daß in diesem Bereich „eine gewisse Ruhe notwendig“ sei. Was das besagen will, weiß man zur Genüge. Die unstreitig dringend notwendige Arbeitslosenversicherung wird für das sozialpolitisch sich sehr vorgeschritten dünkende Deutschland noch auf lange ein Problem bleiben. Sat man doch in der

vorigen Woche bei der sogenannten großen sozialpolitischen Debatte von der Arbeitslosenunterstützung überhaupt nichts vernommen. England dagegen, das in puncto Sozialpolitik ja in manchem hinter Deutschland zurücksteht, hat mit Beginn dieses Jahres mit vorderhand 2250631 Versicherten das vorgeblich so große Wagnis Wirklichkeit werden lassen. Wir werden also noch lange Zeit in der Unterstützung der Arbeitslosen auf uns allein angewiesen sein. Die lobenswerten Ausnahmen ändern nichts an der Tatsache im allgemeinen.

Was wir hier sagen, gilt aber auch für die Stellung von Reformanträgen. Bei diesen dürfen die hier erörterten Gesichtspunkte ebenfalls nicht außer acht gelassen werden, auch nicht der Umstand, daß wir früher bei der Verbesserung der Unterstützungseinrichtungen in mancher Beziehung doch etwas zu weit gegangen sind. In den meisten Fällen wird von den Antragstellern oder den Befürwortern die beruhigende Versicherung gegeben, daß der finanzielle Effekt der Änderungen nicht ins Gewicht falle. Das ist nur zu häufig eine Täuschung. Die freiwilligen Umzüge machen z. B. 30 Proz. von allen aus. Sollen sie nun mit dem vollen Satz entschädigt werden, dann fällt das finanziell ganz erheblich ins Gewicht. Bei der Unterstützung für vorübergehend Arbeitsunfähige bereitet die starke Differenz in den Leistungen der gesetzlichen Krankenkassen uns nicht geringe Schwierigkeiten. Mit der Bedürfnisfrage zu Änderungen liegt es hier ganz verschieden. All diese Momente müssen in Erwägung gezogen werden. Die Gerechtigkeit erfordert aber entschieden, daß den Leistungen in die Organisation sich die Gegenleistungen mehr anpassen.

Mit diesem Geleitworte sei die Diskussion zur achten Generalversammlung eröffnet. Soweit dabei der „Korr.“ in Betracht kommt, erhoffen wir einen Meinungsaustausch, der sich mehr durch Qualität auszeichnet als durch die Quantität der sich Gehör verschaffen wollenden Stimmen.

Krankengeld und freiwilliger Umzug

Nun die Kunde von der Einberufung unsrer nächsten Generalversammlung auf den 16. Juni nach Danzig vom Verbandsvorstande hinausgegangen ist, werden sich auch die Kollegen allerorts rühren und rufen, um ihre Wünsche und Anträge zu dem diesjährigen Verbandsparlament rechtzeitig zu stellen. Auch ich will versuchen, in nachstehenden Zeilen zwei Wünsche zu äußern.

Das Unterstützungswesen in unserm Verband ist wohl als das beste aller deutschen Gewerkschaften anzusehen. Das gilt besonders von der Arbeitslosenunterstützung und der Unterstützung für unsre reisenden Kollegen. Wie sieht

es aber mit der Unterstützung für vorübergehend Arbeitsunfähige (Kranke) aus? Hier bezahlt der Verband schon seit Jahr und Tag ein Krankengeld von 1,40 Mk., macht pro Woche, da die Sonntage bekenntlich auch als Krankheitsstage zählen, den Betrag von 9,80 Mk. In vielen Gauen bestehen außerdem Zuschußkassen. Wir in der Pfalz haben die Pfälzer Kasse, welche pro Tag einen Zuschuß von 50 Pf. gewährt, macht pro Woche noch 3,50 Mk., zusammen ein Krankengeld von 13,20 Mk., außerdem kommen dann noch 12 Mk. von der Ortskrankenkasse hinzu, so daß der kranke Kollege ein Gesamtkrankengeld von 25 Mk. erhält. Ein Kollege, der verheiratet ist und vier oder noch mehr Kinder hat, soll damit auskommen. Das wäre wohl vor einem Duzend Jahren noch möglich gewesen, aber heute nicht mehr, wo Lebensmittel, Hausmiete, Kleidung, Steuern usw. in einer Weise in die Höhe gegangen sind, daß es der Frau gar nicht möglich ist, mit einem solchen Betrage Haus zu halten. Es kommt aber noch weiter hinzu, daß ein Kranker besondere Ansprüche hat, daß er anders gepflegt werden muß, daß die Kost eine bessere sein muß, wenn er bald wieder gesund sein soll, so daß für die andern Familienangehörigen verbleibend wenig übrig bleibt. Ich stehe daher auf dem Standpunkte, daß die Krankengeldfrage unbedingt eine Neuordnung erfahren muß. Sollte es nicht möglich sein, eine allgemeine Erhöhung durchzuführen, dann wäre ich der Ansicht, eine Staffelung nach oben, d. h. je nach Leistung von Beiträgen, das Krankengeld zu erhöhen, wobei der Höchstsatz 2 Mk. sein könnte. Der niedrigste Satz könnte so belassen bleiben, wie er jetzt ist. Besser wäre es allerdings, wenn eine gleichmäßige Erhöhung durchgeführt würde, um den Kassearbeitern die Arbeit zu erleichtern. Jedenfalls ist es aber an der Zeit, daß überhaupt etwas geschieht.

Mein zweiter Wunsch wäre folgender: In unserm Statut ist festgelegt, daß denjenigen Kollegen, die einen eignen Hausstand führen, im Fall eines Umzugs eine Beihilfe zu den Kosten gewährt werden kann. Ist dieser Umzug aber ein „freiwilliger“, dann soll der volle Anspruch nicht erhoben werden auf diese Unterstützung. Ich möchte einmal den Kollegen sehen, der aus reinem Gutwillen mit Kind und Kegel, mit Sach und Pack von einem Orte zum andern wandert. Findet ein solcher Umzug statt, dann sind sicherlich triftige Gründe vorhanden. Sie können manniglicher Art sein. Ich will einmal von Selbsterlebtem sprechen.

Die Stellung, die man inne hat, wird einem durch Schikanieren und Drangsalieren verleidet, weil man sich unliebbar gemacht hat. Man tut nicht alles, was der Prinzipal verlangt. Zu inkompetent gefraht sich der Prinzipal nicht, und so greift er eben zu andern Mitteln, die ich vorstehend angedeutet habe. Die Folge ist in den meisten Fällen, daß man, um endlich Ruhe zu bekommen, dem Prinzipale die „Freundschaft“ kündigt, nachdem man sich, in aller Stille, etwas andres gesucht hat. Bei einem solchen Umzug ist man aber „freiwillig“ unangezogen, und die Anzugenschädigung wird nichtiger bemessen. Hier siehe ich nun auf dem Standpunkte, daß es höchste Zeit ist, das ominöse Wortchen „freiwillig“ aus unserm Statute verschwinden zu lassen, das selbe paßt nicht mehr in unsre heutige Zeit. Daß sich dadurch die Umzüge mehren sollten, glaube ich nicht. Es könnten noch mehr Fälle angeführt werden, die einen Umzug heraufbeschwören. Ich will es aber unterlassen, weitere anzuführen, da ich erwarte, daß die Kollegen mir in den beiden Punkten zustimmen und auf Abänderung dringen werden.

Neustadt a. d. S. J. F.

Osterreich. Der Reichsverband österreichischer Buchdruckerbesitzer unterbreitete den Mitgliedern des Prehausschusses des Abgeordnetenhauses eine Denkschrift, in welcher insbesondere zu den Bestimmungen über die Freigebung der Kolportage Stellung genommen wird. Der Reichsverband bringt darin eine Änderung des gegenwärtig dem österreichischen Parlamente vorliegenden Gesetzesentwurfes in der Richtung in Vorschlag, daß sich die Freigebung auf die im Inland erzeugten Druckschriften zu beschränken habe. Es soll, heißt es in der Denkschrift, damit nicht den auswärtigen, insbesondere den deutschen Verlegern verwehrt werden, ihre Druckschriften in Osterreich auf dem Wege der freien Kolportage zu verbreiten, aber die Buchdruckerbesitzer wünschen, daß die ausländischen Verleger gehalten werden, die für Osterreich bestimmte Auflage ihrer Blätter in Osterreich drucken zu lassen! Es wäre dies ein Akt der Industrieförderung, der eine weitgehende Unterstützung der österreichischen Papier- und Druckindustrie bedeuten würde. Man kann natürlich darüber auch ganz anderer Meinung sein und diese österreichische Kirchturnuspolitik für sehr rückständig halten. Außerdem schlägt die Denkschrift der Buchdruckerbesitzer noch Änderungen in der Gruppierung des Gesetzes sowie Änderungen in stilistischer Beziehung vor.

Italien. Die Ereignisse des letzten Jahres lassen die Redaktion des italienischen Verbandsorgans zu dem Entschlusse kommen, den üblichen Glückwunschartikel am Jahreswechsel mit Rück- und Ausblick fallen zu lassen. An seine Stelle trat pessimistische Philosophie, im schwärzesten Schwarz aufgetragen — leider enthielten die Schlässe nur zu sehr der Wahrheit! In melancholischen Worten gedenkt die Redaktion der Art und Weise, wie sich das arbeitende Volk unter Vergessen alles ererbten Unrechts seitens der bestehenden Klasse mit Enthusiasmus in den Argen freien ließ, wie die Macht der Arbeiter trotz deren Überzahl zusammenschmolz, wie die parlamentarische Intervention taube Ohren fand, wie der Generalstreik durch Unverständnis und frühere Unklugheit und so oft erfolglose Anwendung zur lächerlichen Parodie wurde, wie man selbst jetzt noch Verwundete und Zurückgekehrte aus dem glorreichen Afrika mit Prozessen und Strafen verfolgt; sie gedenkt ferner der Annäherung der Stärkeren, protestierende Arbeiter einfach zusammenzuschleichen. Alles das lasse sich ein Volk gefallen, es sei ihm nur noch reserviert, auf der Straße die neue Sonne zu singen: „Es lebe Tripoli, der schöne Lebensraum!“ An ein Ende dieser traurigen und unwürdigen Zustände glaubt die Redaktion erst, wenn sich die arbeitende Klasse einmütig zu organisieren wisse und so eine geistig höhere Stufe erreicht habe, damit sie sich ausbeuten könne und dem Gegner Achtung abnötige: „erst in dem letzten Bewußtsein auf die eigene Macht könne sie auch ihr eigenes Recht erringen!“

Aus einer vom Zentralkomitee veröffentlichten Statistik über den Mitgliederstand im Jahre 1911 — nicht 1912, in dieser Beziehung tut das sibiische Temperament nichts zur Eile — geht eine Mitgliederabnahme von 108 hervor, so daß der Stand nur noch 12977, gegen 13085 im Jahre 1910, betrug. Betrachtet man die tatsächlichen Verhältnisse etwas genauer, so verliert diese Feststellung an ihrer Unerschütterlichkeit. Nachdem der Neapeler Kongreß eine Beitragserhöhung von 10 Cts. beschlossen hatte, mußte man mit einer kleinen Mitgliederflucht rechnen; diese trat aber in Wirklichkeit wider Erwarten nicht ein. Die scheinbare

Internationale Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik in Leipzig 1914

An der gleichen Stelle, an welcher uns heute schon die hochragenden mannigfaltigen Bauwerke der im Jahre 1913 in Leipzig stattfindenden Buchausstellung grüßen, wird im Jahre 1914 die internationale graphische Ausstellung entstehen. Es ist ein gewaltiges Gelände von 400000 qm Grundfläche, das für diese fachgewerbliche Weltausstellung vom Räte der Stadt Leipzig im Süden der Stadt, in unmittelbarer Nähe des gigantisch wirkenden Völkerschlachtdenkmal, kostenlos zur Verfügung gestellt wurde. Außerdem subventionierten die Stadtväter Leipzigs, der Metropole des Buchhandels und der graphischen Industrie, das geplante Unternehmen mit einer Summe von 200000 Mk. Aber auch sonst findet die internationale graphische Ausstellung eifrige Förderung durch die Reichsregierung, den sächsischen Staat und in allen Kreisen der buchgewerblichen Industrie. Zum Garantiefonds fließen bis jetzt etwa 600000 Mk. allein von fachgewerblichen Interessenten und mindestens die gleiche Summe ist noch zu erwarten. Der sächsische Staat spendete ebenfalls 200000 Mk.

Schon aus diesen äußeren Umständen wird auch der fernere Stände auf die Bedeutung der großen Fachausstellung des gesamten graphischen Gewerbes schließen können. Diese Bedeutung wird dem Fachmann aber erst voll zum Bewußtsein kommen, wenn er seinen Blick auf das geplante Wirkungsgebiet der Ausstellung selbst richtet. Sie bezweckt nämlich einen friedlichen Wettbewerb aller Kulturvölker in der graphischen Kunst und Industrie, sie soll das buchgewerbliche Schaffen in seinem steigenden Einfluß auf die allgemeine Volksbildung und in seinem Zusammenhang mit allen Zweigen der Kultur zeigen und beweisen, welchen hervorragenden Rang Buchgewerbe und Graphik im Leben der Nationen einnehmen. Die Ausstellung soll

ferner die Fortschritte erkennen lassen, die auf dem Gebiete der graphischen Kunst und des Buchgewerbes seit den letzten Jahren gemacht worden sind, und sie soll zugleich eine würdige Jubiläumfeier sein zur Erinnerung an die vor 150 Jahren erfolgte Begründung der Königlichen Akademie für graphische Künste und Buchgewerbe in Leipzig.

Aber auch in volkswirtschaftlicher Beziehung wird die internationale graphische Ausstellung von großer Wichtigkeit sein. Da sie alle Gebiete der Technik, des literarischen und künstlerischen Lebens berührt, ist allen Angehörigen und Interessenten der weltverbreiteten graphischen Industrie Gelegenheit zur Beteiligung geboten. Wirtschaftliche und soziale Gegenstände müssen dabei natürlich in den Vordergrund treten, denn es gilt, den graphischen Gewerben in gemeinsamer Arbeit Förderung in technischer und künstlerischer Hinsicht angedeihen zu lassen.

Daß eine Fachausstellung in dem geplanten Umfang größeren Erfolg und Nutzen verspricht als eine allgemeine Ausstellung, die von allem etwas, aber nichts Erschöpfendes bietet, dürfte wohl auch einleuchten. Um so mehr, als diese Ausstellung nicht etwa gedacht ist als eine nichtsagende Anhäufung von Gegenständen, die durch diebische, ermüdende Kataloge erst dem Besucher nähergebracht werden müssen. Es soll vielmehr Wert darauf gelegt werden, daß alles, was die graphischen Gewerbe an Ausstellungsfähigkeiten aufzuweisen haben, dem Besucher als ein lebendiger Mechanismus vor die Augen tritt. Jede der in 63 Klassen gegliederten 16 Gruppen soll durch eine geschichtliche und eine technisch beherrschende Abteilung eingeleitet werden, wodurch auch dem Laien Anregung und Förderung geboten wird. So wird beispielsweise die Entwicklung der verschiedenen Zweige des Buchgewerbes und der technische Werdegang eines jeden Verfahrens mit Hilfe von laufenden Maschinen, von Modellen, Demonstrationsapparaten und Kinematographen allgemeinverständlich dargestellt werden. Die Erfindungen des Buch- und Musikverlags werden durch Bibliotheken und Lesesäle, durch Vor-

träge, Vorträge und Konzerte dem Besucher unmittelbar vermittelt werden, und selbst in dem unvermeidlichen Erholungsquartier wird der Besucher im „Drucksehlerfeuer!“ und „Leisten Spatium“ oder im „Vollen Buchkasten“ daran erinnert werden, daß er sich in einer Buchgewerbeausstellung befindet. Ein moderner Reproduktionsbetrieb, eine Ausstellung für Reklame, Bibliotheksweisen, Briefmarken, Exlibris, ein Kupferstichkabinett, die Stenographie und Kalligraphie werden ebenso gut vertreten sein wie die Verortungsfähigkeit der Römische des Mittelalters. Reiche wissenschaftliche Schätze aus Privatbesitz werden sonst noch die Kultur der jeweiligen Zeit in graphischer Hinsicht widerspiegeln. Ebenso interessant und lehrreich werden die Ausstellungen der einzelnen Gewerkschaften des graphischen Gewerbes sein, die beweisen sollen, daß der gewaltige Aufschwung eines Gewerbes eine intelligente, technisch wie organisatorisch hochstehende Arbeitererschaft zur Voraussetzung hat.

Die zahlreichen Kongresse und Versammlungen aller möglichen Körperschaften, die mit der Ausstellung verbunden werden sollen, werden zweifellos viele Besucher nach Leipzig führen; aber außerdem steht zu erwarten, daß nicht nur aus Deutschland, sondern aus allen Ländern des Erdballs Interessenten herbeiströmen. Bei den meisten ausländischen Staaten liegt die Aufgabe zur Beteiligung bereits vor, mit andern steht die Ausstellungsteilnahme noch in Unterhandlung. Seit 1870 ist es das erste Mal, daß die französische graphische Industrie in Deutschland ausstellt. So gar aus Japan und China sind Zulagen eingetroffen. Wenn es auch für uns von vornherein feststand, daß die bildungsbestimmte Gehilfenschaft des Buchdruckgewerbes ein starkes Kontingent der Ausstellungsbesucher stellen würde, so scheint es doch, als ob unsre Erwartungen in dieser Hinsicht noch um ein Bedeutendes übertroffen werden sollen. Durch die von der Ausstellungsteilnahme ausgegangene Anregung zur Gründung von Sparkassen zum Besuche der Ausstellung, durch die von ihr kostenlos zu beziehenden Sparkarten und Sparmarken sowie schließlich durch die Verleumdung informierender Drucksachen an die Gaus, Bezirks-

Mitgliederabnahme ist vielmehr folgendermaßen zustande gekommen: Bei der Statistik im Jahre 1910 gaben die Sektionen die Zahlen an, während im Jahre 1911 die geleisteten Beiträge gezählt wurden; also es kommen nur pflichtbewusste Mitglieder bei dem 1911er Resultat in Betracht. Würden auch die Rückständigen mitgezählt, so ergäbe sich eine Mitgliederzunahme von 150 Mitgliedern. Das ist trotz dem Krisenjahr auch bei unsern italienischen Kollegen vorwärts ging, zeigt am besten, daß die Zahl der Verbandsbeiträge von 583489 (bei 13085 Mitgliedern) auf 633472 (bei nur 12977 Mitgliedern) in die Höhe ging; der Erfolg ist also mehr in der Qualität zu suchen.

Auch auf dem Tarifgebiet ist eine emsige Rührigkeit zu konstatieren. In der Lombardier allein wurden in neun Städten und Orten die Tarife erneuert und verbessert. Alle diese Bewegungen nahmen für die Gehilfen einen günstigen Ausgang. Daß der Sieg nicht immer ohne weiteres errungen wurde, das zeigte neben andern Orten insbesondere Mailand. — Nun hat auch die letzte größere Sektion, die noch den Sehnstentag im alten Tarife hatte, nämlich Palermo, das Verläumde eingeholt und, ohne zum äußersten Mittel greifen zu müssen, den Neunstundentag errungen. Außerdem wurde das Minimum sofort um 7 Proz. erhöht, im nächsten Jahre sollen weitere 5 Proz. und 1915 nochmals 3 Proz. folgen. Die berechnenden Seher bekamen sofort 15 Proz. und für das nächste Jahr weitere 7 Proz. zugesprochen. Dieser Erfolg ist um so höher einzuschätzen, da auf der Insel Sizilien die Arbeitsverhältnisse, besonders in der Landwirtschaft, noch geradezu mittelalterliche sind und die Buchdruckerprinzipale diese „Idealzustände“ nach ihrer Ansicht gerne auch unsern Besuche recht lange erhalten hätten. — In Padova konnte trotz aller Besürchungen der Friede erhalten werden. Die Intervention des Präsekte hat nicht den gewünschten Erfolg, mehr Glück hatte dann der von Mailand eingetroffene Verbandssekretär. Das Resultat seiner Bemühungen in Gemeinschaft mit der Kommission ist 3 Lire für die nächsten zwei Jahre und 1 Lire Erhöhung für die zwei letzten Jahre der Tarifdauer. — Dagegen mußte in Vercelli zum Streik gegriffen werden, da alle andern Versuche erfolglos blieben. Die Prinzipale wollen von der Forderung eines Minimums von 24 Lire die Woche nichts wissen, trotzdem Vercelli der einzige Ort in der Provinz Piemonte ist, dessen Tarif weniger als 24 Lire beträgt. Der Streik dauert fort.

Besser stehen die Aktien in der Hauptstadt dieser Provinz, in Turin. Der nun zu Grabe getragene Tarif wurde in kriegerischen Zeiten geboren, über 100000 Lire kostete jener Streik. Vielleicht waren es die seinerzeit gemauerten Lehren, die jetzt beide Teile vorsichtig handeln lassen. Das gilt vor allem von unsern Kollegen, die bewährten ihre volle Ruhe, als ihnen vor drei Monaten die Prinzipale einen Tarifentwurf(!) übermittelten, in dem nur „bleibt unverändert“ und „wird reduziert“ zu lesen war. Es sei gleich vorausgeschickt, daß diese Spottgeburt natürlich nicht lebensfähig war, und daß man sich über das Erreichte aufrichtig freuen kann; freilich schwer, sehr schwer war das Amt der Geburtshelfer. Mit den Zeitungen war schnell eine Übereinstimmung gefunden. Es ist die Konkurrenz der andern Städte, die beim Strakenverkauf in Erscheinung tritt und an schnelles Handeln mahnt. Schon im letzten Berichte gaben wir das Errungene bekannt, dem heute das übrige Resultat, nicht weniger achtsam wie das erstere, nachgetragen sei. Schon der materielle Teil bringt viel Erfreuliches: Das Minimum für Seher der ersten Kategorie wurde von 26 Lire auf 31,50 Lire, das der

und Ortsvorsitzende unseres Verbandes und anderer Organisationen ist eine großartige Propaganda entfaltet worden, deren Erfolg nicht ausbleiben wird.

Es kann nicht geleugnet werden, daß sich die Wohnungsfrage bei vielen Ausstellungen schon als eine Salamiität erwiesen hat, unter der namentlich minderbemittelte Besucher, die gewillt oder genötigt waren, länger als einen Tag zu verweilen, zu leiden hatten. Um diesem Uebelstande nach Möglichkeit aus dem Wege zu gehen, ist das Direktorium des Deutschen Buchgewerbevereins, des eigentlichen Veranstalters der internationalen graphischen Ausstellung, der Frage betreffs Beschaffung preiswerter, außer Unterhaken während der Dauer der Ausstellung auf dankenswerte Anregung hin nähergetreten. Die Geschäftsstelle des genannten Vereins wurde mit der musterhaften Organisation des Unterkunftswezens beauftragt. Sie wird unverzüglich die notwendigen Schritte tun und dafür Sorge tragen, daß drei verschiedene Unterkunftsgelegenheiten für die auswärtigen Besucher der Ausstellung zur Verfügung stehen, und zwar 1. Massenquartiere in hygienisch völlig einwandfreien Baracken; 2. einzelne Quartiere in Privatwohnungen und 3. Quartiere in Gasthöfen zu ermäßigten Preisen. Selbstverständlich wird man bemüht bleiben, diese Wohngelegenheiten in nächster Nähe des Ausstellungsgeländes zu beschaffen. Als Zentrale für den Wohnungsnachweis gilt die Geschäftsstelle des Deutschen Buchgewerbevereins, von der auch alle weiteren Auskünfte in bezug auf die Ausstellung gern erteilt werden. Man kann annehmen, daß durch die beabsichtigten Maßnahmen einer Überführung der Wohngelegenheiten wirksam vorgebeugt werden wird.

Somit dürften alle Vorbereitungen für ein gutes Gelingen der von Mai bis Oktober dauernden internationalen Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik in Leipzig 1914 erfüllt sein. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß sie eine Sachausstellung im besten Sinne des Wortes werden wird, eine Ausstellung, auf welcher der Herrschaft des Geistes die Vormachtstellung zukommt. H.z.

zweiten Kategorie von 22 Lire auf 26,50 Lire erhöht. Das Minimum für Korrektoren beträgt nun 35,50 Lire, für Revisoren 39 Lire; Korrektoren, die schon 32 Lire bezogen, erhalten nunmehr 37 Lire; die Revisoren, die 33 Lire bezogen, kommen jetzt auf 40 Lire. An den Sehmäschinen beträgt nun der Wochenlohn bei achtsündiger Arbeitszeit (wenn Schichten eingeführt, sieben Stunden) an der Linotype, Typograph und Monoline 47 Lire, Monotype (Gießmaschine) in den ersten sechs Monaten 36 Lire, nach dieser Periode (an der Gießmaschine oder Taster) 42 Lire. Das Minimum für Maschinemeister beträgt nun an den Tiegeln 28 Lire, Schnellpressen 32,50 Lire, die Notationsmaschinenmeister sind in den Zeitungsaristien unbegriffen. Für Seher, Drucker, Einleger usw., die schon über Minimum entlohnt waren, ist ein proportioneller Zuschlag vorgesehen; er beträgt z. B. bei einem Seher von 28,05 Lire bis 32 Lire sechshundert Wochenlohn 8 Proz., von 32 bis 40 Lire 5 Proz., bei einem Tiegeldrucker von 25 Lire sechshundert Wochenlohn 4 Lire Aufbesserung, bei einem Schnellpressendrucker von 29 Lire 5 Lire usw. Der Tausendbuchstabenpreis wurde in allen Graden um 7 Cents erhöht; er beträgt jetzt z. B. für Nonpareille 67 Cents, für Petit bis Cicero 59 Cents, für gedrucktes Manuskript tritt eine Ermäßigung von 2 Cents ein, wenn es im gleichen Grad und Breite abgesetzt wird. Die Löhne für Lehrlinge wurden wie folgt festgelegt: 7,50 Lire im zweiten, 12 Lire im dritten, 18 Lire im vierten und 21 Lire im fünften Jahre der Lehrzeit. Von Interesse sind noch einige andre Vereinbarungen, z. B., wird einem berechnenden Seher gekündigt wegen Arbeitsmangel, so hat er Anspruch auf noch zwei Wochen ununterbrochene Beschäftigung. Gehindigten Gehilfen stehen vier Stunden zum Arbeitsuchen zu, ein Abzug hierfür ist unstatthaft. Die Überstundenzahl darf wöchentlich nicht mehr wie 15 betragen. Um selbige einzuschränken, wurde die Entschädigung dafür erhöht; sie beträgt jetzt 33 anstatt 25 Proz. bis Mitternacht, für alle andern Stunden 100 Prozent. Die Überstundenzahl für Maschinemeister darf sechs nicht übersteigen. Das Berechnen mit Monotypelatern ist aufgehoben. Alles in allem ein Resultat, das den Turiner Kollegen zur Ehre gereicht.

In Parma wurde nach zweiwöchigem Streik und heftiger Diskussion ein fünfjähriger Massentilfstand abgeschlossen. Das Minimum wurde um 3 Lire wöchentlich erhöht, nach Ablauf von drei Jahren findet eine weitere Erhöhung um 1 Lire statt. — Die Feuertarife hat die Sektion Fossano mit ihrem ersten Tarif empfangen. Die Zustände waren so rüchrig, daß selbst mit 40 Proz. Aufbesserung, einschließlich einer Reduzierung des Arbeitstags von zehn auf neun Stunden, die Lebenslage der dortigen Kollegen keine beneidenswerte ist, ihr Tarif hat nur dreijährige Dauer. — Über den Stand der Schriftgießerbewegung von Mailand und Turin ist noch nichts zu erfahren. Schon vor fast zwei Monaten tauchten die Kollegen der beiden Sektionen zusammen und wählten eine Kommission, die mit den Prinzipalen-Unterhandlungen nachzugehen soll, um der 17-jährigen Tarif einer Revision zu unterziehen. Aber diese Notwendigkeit braucht man kein Wort weiter zu verlieren.

So erfreulich diese Rührigkeit auf dem Tarifgebiet ist, so stößt man, ohne zu wollen, auf die mannigfachen Nachteile, die die Lokaltarife mit sich bringen. Besonders der Verbandsleistung bleibt durch die fortwährenden Bewegungen fast keine Zeit, sich ausgiebig der Lösung anderer Fragen zu widmen. Wenn eine Sektion ihre Bewegung beendet hat, so setzen andre ein; ja, es kommt oft genug vor, daß man sich etwas gebunden muß, d. h. den Friedensschluß der andern Sektion abwarten. Nur eine Tarifgemeinschaft für das ganze Land könnte das fruchtbare Änderung bringen, den Prinzipalen würde in jenem Fall auch das „Geschäft des gegenseitigen Ausschließens“ gelegt. Leider sind die Verhältnisse stärker als der gute Wille der Verbandsleitung, die schon längst sich eine allgemeine Tarifgemeinschaft wünscht. Ein besonders eifriger Befürworter dieser Idee war von jeher der kürzlich zurückgetretene Generalsekretär Ernesto Gondolo.

Rußland. Über Einzelheiten der nunmehr beendeten Tarifverhandlungen in Riga erfahren wir, daß die Spezialbestimmungen für Maschinemeister wie auch für Maschinenseher und die Bestimmungen für das Berechnen an Sehmäschinen fast ausnahmslos dem deutschen Buchdrucker tarif entnommen wurden. Die Arbeitszeit der Maschinenseher wurde auf achteinhalb Stunden (einschließlich Pausen), bei durchgehender Arbeitszeit aber auf acht Stunden (einschließlich Pausen) festgelegt, wobei bei letzterer Arbeitszeit auf Geschäftskonten eine viertelstündige Pause zu gewähren ist. Im Sommer werden die Arbeitszeiten in der ersten Tarifperiode um eine halbe Stunde, in der zweiten um eine weitere halbe Stunde gekürzt. Das Minimum der Maschinenseher beträgt in den ersten drei Jahren der Tarifperiode 16 Rubel 90 Kopeken, in den beiden Jahren der zweiten Tarifperiode 18 Rubel 20 Kopeken, was einem 30prozentigen Zuschlag auf das Minimum der höchsten Altersklasse entspricht. Die Grundpreise des Berechnens an Sehmäschinen kommen etwa denen des deutschen Buchdrucker tarifs mit einem Zuschlage von 10 bzw. 15 Proz. gleich. Als Mindestleistungen gelten an Typograph 4200 Buchstaben, an der Linotype und Monotype 6000 und an der Monoline 5000 Buchstaben pro Stunde.

In Dorpat dauert der Kampf nun schon über zehn Wochen. Wohl wäre schon in puncto Arbeitszeit und Entlohnung eine Einigung erzielt, jedoch zeigen sich die Ausständigen insoweit unachgiebig, als nicht sämtliche während des Streiks in großer Anzahl eingestellten Lehrlinge — meist Damen besserer Stände, die durch den „Deutschen Verein“ vermittelt wurden, der sich die „soziale und geistige

Erhebung des Deutschtums im Baltikum“ zum Ziele fest — entlassen sind. Diese Neueinstellungen übersteigen die schon früher vereinbarte Lehrstufkala um ein bedeutendes. In Verbindung mit dem Streike wurden vor kurzem wiederum 14 Kollegen administrativ zu je einem Monat Arrest verurteilt.

←←← Korrespondenzen →→→

Brandenburg a. S. Die erste in diesem Jahr am 11. Januar im „Volkshaus“ abgehaltene Ortsvereinsversammlung war ziemlich gut besucht. Aus dem Vorstandsberichte ging u. a. hervor, daß die abgehaltenen Versammlungen einen Besuch bis zu 60 Proz. der Mitglieder aufzuweisen hatten. Leider ist die Zahl der ständigen Versammlungsschwärmer von 10 auf 16 gestiegen. Nach dem Berichte der Revisoren wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Ein Gesuch um Aufnahme in den Verband wurde dem Gavorstand im empfehlenden Sinn überwiesen. Die Vorbereitungen für den ersten mitteleuropäischen Maschinenfesttag in Brandenburg a. S. am 25. Mai 1913 soll eine Kommission mit dem Vorstand übernehmen. Die Tagung besteht in der Hauptsache aus der alljährlichen Wanderversammlung des Brandenburgischen Maschinenleherversins (Sitz Berlin), wozu dann noch Delegationen aus den benachbarten Gauen und Bezirken erfolgen. Ein Antrag, den Beitrag an jedem letzten Sonntage im Monat um 5 Pf. zu erhöhen und diese Summe als Entschädigung für die Druckereikassierer zu betrachten, wurde heftig bekämpft und fast einstimmig abgelehnt. Hierauf wurde der Kartellbericht erstattet.

Breslau. In der am 12. Januar im „Bergkeller“ abgehaltenen Bezirksversammlung gab Kollege Hofrichter einige Erläuterungen zu der hier gegenwärtig stattfindenden Plakatausstellung, gleichzeitig einen Überblick über die Entwicklung des Plakatawesens gebend, und forderte zu regerem Besuche der Ausstellung sowie der Veranstaltungen der Typographischen Gesellschaft auf. Sodann hielt Kollege Fiedler einen wohlausgearbeiteten Vortrag über: „Die Arbeiterbewegung früherer Jahrhunderte“. Redner verglich die „gute alte Zeit“ mit der Jetztzeit und führte die Ähnlichkeit der früheren Meister bis in die graue Vorzeit mit den jetzigen Schmarckmann trefflich vor Augen. Da die Gelehrte stets auf Seiten der Meister gewesen sei, wären die Gesellen bzw. die „Anechte“, soweit die Aufzeichnungen zurückreichen, die Unterdrückten gewesen. Weis ausdrußend ging Redner auf die Kämpfe im 14. und 15. Jahrhundert ein und zeigte uns, wie schon damals die Arbeiter um ihr Koalitionsrecht, um Recht und Freiheit sowie um ihre Lebensexistenz zu der Waffe der Arbeitsniederlegung greifen mußten. Dem Vortragenden wurde reicher Beifall zuteil. Nach Aufnahme dreier Mitglieder wurde noch auf die „Typographischen Mitteilungen“ aufmerksam gemacht und der Besuch der Handwerkerhule warm empfohlen.

G. Hamborn-Margloh. Die Generalversammlung unseres Ortsvereins fand unter ziemlich reger Beteiligung der Kollegen am 4. Januar statt. Vorherrscher Hasken berichtete über die Tätigkeit unseres Ortsvereins in ausführlicher Weise und übte eine scharfe, aber berechtigte Kritik in bezug auf die Pflege der Kollegialität. Reibereien persönlicher Art beeinträchtigen das Vereinsleben in hohem Maß. Es wäre wirklich an der Zeit, persönliche Streitigkeiten außerhalb unserer Organisation zu lassen, denn diese dienen keinesfalls zur Belebung des Verbandsinteresses. Darauf wurde der Jahresbericht erstattet. Den Bericht über das Gewerkschaftskartell erstattete Kollege Blank. Aus den vorgenommenen Wahlen gingen die Kollegen Hasken als Vorsitzender und Dimann als Kassierer hervor. Bemerkenswert sei zum Schluß noch, daß der Gubenberghand, der hier auch einen „feinen“ Ortsverein zu gründen die Absicht hatte, ganz plötzlich von der Bildfläche verschwinden mußte. Also ist die schöne Illusion des „Bezirksvorsitzenden“, in der jüngsten Großstadt Deutschlands eine Stille des „Sicherheitsventils“ zu errichten, zu Wasser geworden. Der Schein trägt eben, ihr Felder von der M. Glabbacher Schule!

Hamburg-Altona. (Mitgliederversammlung am 8. Januar.) Zu Beginn wurde der verstorbenen Kollegen Ludwig Griffl (Maschinemeister) und Theodor Schilling (Seher) ehrend gedacht. Mit dem Vortrage: „Die Stellung der Gewerkschaften zur Politik und zu den sozialen Theorien“, behielt sodann Redakteur Winnig die auf vier Abende verteilte Vortragsreihe über „Theorie und Praxis der Gewerkschaftsbewegung“. Es war sicherlich mehr als schablonenhaftes Herkommen, wenn Kollege Wabersky, der an Stelle des erkrankten ersten Vorherrscher die Versammlung leitete, dem Referenten herlich für die tüchtige Arbeit dankte, die er für die Hamburger Buchdrucker getan. Bei „Personalien“ wurde u. a. über die unverhältnismäßig hohe Zahl von Arbeitslosen berichtet. Ausgetreten sind vier Mitglieder; wegen Reisen mußten 21 Mitglieder ausgeschlossen werden. Ein erheblicher Teil dieser Restanten zählt den leschwerendsten Kollegen zu, die seit ihrer Abmeldung zur See nichts mehr von sich hören lassen. Den ausgesperrten Kollegen in den russischen Ostseeprovinzen wurden 500 Mk. bewilligt. Eine durch die Kollegen Reufcher, Wabersky, Rump, Kungler, Steinhardt und Spickermann geführte Debatte rief der Vorstandsantrag hervor, Beiträge für einen Saalbaufonds zu leisten. Mit Ausnahme des letzten genannten stimmten alle Redner diesem Plane zu. Es wurde denn auch beschlossen, 2 Mk. pro Mitglied als einmaligen Beitrag zu zahlen. Kollege Reufcher wies auf die bevorstehenden Bürgerstimmwahlen

hin, an denen sich zu beteiligen Pflicht jedes Kollegen sei. Des weiteren warnte Redner vor den verschiedenfachen Form auftretenden Bestrebungen, die Arbeiterkraft für eine nationale Volksversicherung zu ködern. Zu einer heftigen Debatte gaben die Äußerungen Anlaß, die Herr v. Elm an ersten außerordentlichen Genossenschaftstag in Hamburg über die Zugehörigkeit von Arbeiterdruckereien zur Prinzipalsorganisation und die Bedeutung von den Prinzipalen ins Leben gerufenen Streikfonds gelang. v. Elm hatte die Einladung zu einer Buchdruckerversammlung abgelehnt mit der Begründung, er habe weder Zeit noch Lust, über diese Sache noch weiter zu sprechen. Kollege Steinhardt fand bittere Worte über die Haltung der „Genossenschaftlichen Rundschau“, die trotz einwandfrei festgestellten Sachverhaltes ihre Leser im Glauben ließ, die Behauptung, eine Anzahl Parfädruckereien, unter ihnen die Hamburger Parfädruckerei, sei ebenfalls Mitglied der Prinzipalsorganisation gewesen, wäre nicht widerlegt worden. In einer längeren Resolution, die sich in scharfen Worten gegen v. Elm richtete, faßte er seine Darlegungen zusammen. Nach kurzer Debatte fand die vorgeschlagene Resolution Annahme. Nach einer vom Kollegen Hlzig hervorgerufenen Geschäftsordnungsdebatte wurde die von 397 Kollegen besuchte Versammlung geschlossen.

Kittingen a. M. Die am 12. Januar stattgehabte Versammlung war von Kollegen aus Gerolzhofen, Ochsenfurt, Dettelbach, Mainbernheim, Ilfenheim und Scheinfeld besucht. Anlaß zu dieser größeren Versammlung gab der bevorstehende Gau-tag. Es wurde in dieser Versammlung zum Ausdruck gebracht, daß Mittel und Wege geschaffen werden müssen, damit die in manchen Orten einzeln stehenden Kollegen bessere Führung mit den nächstgelegenen Ortsvereinen bekommen können. Hierzu wurde betont, daß die Einteilung des Gaus Bayern in Bezirke Besserung bringen werde. Der Vorstand des Gaus stellte zu der Versammlung die seiner Zeit eingegangenen 133 Entwürfe für einen Briefkopfweckbewerb zur Ansicht zur Verfügung. Nach gründlicher gegenseitiger Aussprache auf allen Gebieten unseres Verbandes- und Berufslebens schloß der Vorsitzende mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf unsern Verband die äußerst harmonisch verlaufene Versammlung.

Mainz. Die erste diesjährige Bezirksversammlung am 12. Januar hatte aus allen Druckorten des Bezirks guten Besuch aufzuweisen, doch muß der schon öfters wahrzunehmende und geringe Mißstand konstatiert werden, daß ein Teil der Kollegen erst nach Beginn der Verhandlungen eintrifft. Durch dieses übliche Einhalten des „akademischen Viertels“ verzögert sich die Eröffnung der Versammlung, und die Folge davon ist, daß viele Kollegen vor Beendigung der Beratungen die Versammlung wieder verlassen. Hoffentlich genügt dieser Hinweis, die Kollegen in diesem Punkt an ihre Pflicht zu erinnern. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte Vorsitzender Conradi der verstorbenen Kollegen Kneigen und Gletsberg und würdigte dabei besonders die mehrjährige, verdienstliche Tätigkeit des letzteren in den verschiedensten Ehrenämtern der Organisation. Die Versammlung ehrte das Andenken der Verstorbenen in der üblichen Weise. Neuaufgenommen wurden zwei Kollegen. Den in einer Lohnbewegung befindlichen Buchbinderarbeitern und -arbeiterinnen bekundete die Versammlung ihre Sympathie, präzisierte die Stellungnahme, die die gewerkschaftliche Solidarität unsern Kollegen bei dem bevorstehenden Kampf einzunehmen gebietet, und wünschte als Resultat dieser Bewegung den Abschluß eines Tarifvertrags. An Hand des Materials der Tarifamtsstafistik verbriefte sich Kollege Link in umfänglicher Weise über die tariflichen Verhältnisse im Bezirke Mainz. Die Kompenzierung der lokalen Fastnachtsfeiertage soll auf der Grundlage des vorjährigen Abkommens mit der Prinzipalität angestrebt werden. Die Antragstellung zur Verbandsgeneralversammlung in Danzig wurde bis nach Staffelden der Anfang Februar vorgesehenen Bezirksvorsitzerkonferenz des Gaus Mittelrhein verschoben, die zweifellos über die Richtlinien der projektierten Reorganisation des Unterstützungsvereines näheren Ausschluß bringen wird. Das Gauvorsitzungsorgan Nr. 7 kam auszüglich zur Verlesung. Mit dem Vorschlag, den Gau-tag ausnahmsweise nach der Verbandsgeneralversammlung abzuhalten, war die Versammlung einverstanden. Unter dem letzten Punkte „Berichtendes“ wurde zu der Ablehnung eines in der letzten Bezirksversammlung gestellten Anschlußantrags durch den Gauvorstand Stellung genommen. In längerer, erregter Debatte wurde der dem gewerkschaftlichen Empfinden der Kollegen nicht entsprechende Beschluß des Gauvorstandes scharf kritisiert und mit erdrückender Mehrheit (gegen eine Stimme) beschloffen, an dem Anschlußantrag festzuhalten, womit die von dem Gauvorstande vorgeschlagene Regelung der Sache abgelehnt ist.

Ostere (Ostpr.). In der Ortsverein hielt am 11. Januar seine gubelichste Generalversammlung ab. Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung und erstattete den Jahresbericht. Nach diesem ist das Vereinsjahr als ein gutes zu bezeichnen. Hieraus verlas der Kassierer den Kassenzustand für das Jahr 1912 und den für das vierte Quartal des gleichen Jahrs. Es wurde ihm Entlastung erteilt. Nach diesem Punkte wurde zur Vorstandswahl geschritten, und zwar wurde der ganze Vorstand neu gewählt. Mit der Erledigung einiger Vereinsangelegenheiten schloß die Versammlung.

Rendsburg. Die am 11. Januar stattgehabte Generalversammlung war gut besucht. Nach Erledigung der Eingänge gab der Vorsitzende einen kurzen Jahresbericht. Der Versammlungsbesuch war im letzten Jahr ein guter zu nennen. Hoffentlich bleibt es auch in diesem Jahre so. Der gewählte Vorstand wurde wiedergewählt; nur bei der

Starkfelddelegiertenwahl trat eine Änderung ein. Für dieses Amt ist hier leider immer schwer ein Kollege zu gewinnen. Einige interne Angelegenheiten bildeten den Schluß der Versammlung. In kollegialer Weise wurden dann noch einige Stunden verbracht.

J. Striegau. Zu der am 11. Januar abgehaltenen Generalversammlung waren fast alle Kollegen erschienen. Nach Begrüßung eines neu in Kondition getretenen Kollegen durch den Vorsitzenden Hoffmann gab der Schriftführer den Jahresbericht, aus dem zu entnehmen war, daß die Bereitwilligkeit im abgelaufenen Geschäftsjahr einen sehr arbeitsreichen gewesen ist. Aus der Neuwahl des Vorstandes gingen u. a. Kollege Jagode als erster Vorsitzender und Kollege Alder als Kassierer hervor. Es wurde noch beschlossen, das nächste Stiftungsfest in Form eines Herrensabends am 15. Februar zu begehen.

Weinöbsta. Die hierorts wohlbekannte Firma Richard Schubert & Co. hatte am 11. Januar ihr Personal zu einer äußerst gelungenen Festivität in Form eines Schlachtfests in den „Zentralgasthof“ geladen. Es war eine gewiß ebenso festliche wie originelle Feier, auf die alle Beteiligten mit wahrer Freude zurückblicken werden und die nur möglich war infolge des guten Einvernehmens, das zwischen Prinzipal und Gehilfen herrscht. Herrlich war die Tafel arrangiert und ein jeder ließ sich munden. Durch Humor und gelungene Vorträge wurde die Festivität veredelt. Ein wohlgeklungenes Tafelfied brachte den Dank des Personals zum Ausdruck. Ein flotter Ball, welcher mit einer dem Abende „finnreich“ angepaßten Polonaise eingeleitet wurde, hielt alle Teilnehmer noch lange beisammen, bis auch hier die Abschiedsstunde schlug, und ein jeder, wohl ausgerüstet mit einem großen Wurstpaket, den Seimweg antrat. (Ma, das ist doch mal was andres im ewigen Einerlei des Lebens! Red.)

Weihenfels a. S. Am 9. Januar waren 100 Jahre verflossen seit der Gründung des hiesigen „Tageblatts“ durch den Buchdrucker Johann Karl Leberedts Kell, geboren am 30. April 1770 zu Freiberg i. S. Bemerkenswert ist dabei besonders, daß das Geschäft während dieser 100 Jahre im ununterbrochenen Besitze dieser Familie blieb. Die Besitzer der Druckerei haben jederzeit Wert darauf gelegt, in gutem Einvernehmen mit dem Personal zu stehen, und dieses löbliche Bestreben äußerte sich auch bei dem jüngstvergangenen Jubiläum. Am Gründungsstag erhielt jeder Gehilfe einen Wochenlohn als Geschenk und außerdem stiftete die Besitzerin Frau v. Wolframsdorff, geb. Kell, einen Betrag von 20000 Mk., deren Zinsen für Alters- und Ferienunterstützung Verwendung finden sollen. Die Gehilfen revanchierten sich durch Überreichung eines schönen Geschenkes und einer technisch sauber ausgeführten Adresse. Für den 11. Januar war ein Festakt angelegt mit nachfolgendem Festmahls und Ball. Diese Veranstaltung, zu der eine beschränkte Zahl mit dem „Tageblatt“ in engerer Beziehung stehender Gäste sowie Freunde und Bekannte geladen waren, nahm einen äußerst harmonischen Verlauf. Möchte auch in fernerer Zeit im hiesigen „Tageblatt“ das bisherige gute Verhältnis zwischen den Gehilfen und der Besitzerin bzw. dem Geschäftsführer ungegrüßelt weiterbestehen!

←←←← Rundschau →→→→

Rückgang der Löhne für Handwerker in Berlin infolge Vermehrung der Schreibmaschinen. Der „Deutsche Buch- und Steindruckere“ ist in der Lage, in seinem kürzlich erschienenen Jahrbuch das Resultat einer Umfrage der Meisten der Kaufmannschaft von Berlin über die Lohnverhältnisse der Handwerker im Buchdruckgewerbe der Reichshauptstadt bekanntzugeben. Die Umfrage erfolgte auf Veranlassung durch den Vorsitzenden einer Steuerveranlagungskommission, war in der Hauptsache an Buchdruckereibesitzer gerichtet und führte zu folgendem Berichte: „Nach dem alten, bis Ende 1911 geltenden Buchdruckerarif war eine Entlohnung der Seher im Akkorde für Handwerker allgemein zulässig, für Maschinenseher jedoch nur im Zeitungsstabe, nicht aber auch im Werkstab. Infolgedessen ist mit der Einführung der Schreibmaschinen die Akkordearbeit im Buchdruckgewerbe zurückgegangen. Der am 1. Januar 1912 in Kraft getretene neue Buchdruckerarif gestattete dagegen die Zahlung von Akkorde auch bei Werkstab. Es ist also nicht richtig, daß die Einführung der Schreibmaschinen die Entlohnung im Akkorde ausschloß. Gleichwohl ist auch unter der Herrschaft des neuen Tarifs bei der steigenden Verbreitung der Schreibmaschinen die Bezahlung der Seher im Akkorde weiser zurückgegangen. Als Grund hierfür wird angeführt, daß die Arbeitgeber an den Schreibmaschinen zunächst lieber in gewissem Geld arbeiten lassen, da für eine richtige Bestimmung der Akkordehöhe noch nicht die richtigen Erfahrungen vorliegen. Für einen Teil der Buchdruckergehilfen haben diese Veränderungen eine Lohnverminderung bewirkt. Jede Maschine ersetzt zwei bis drei Handwerker. Ein Teil der überflüssig gewordenen Handwerker ist zu Maschinenlehren ausgebildet worden. Diese werden zwar schon nach vierjähriger Lehrzeit als volle Arbeitskräfte betrachtet, werden aber, wie erwähnt, meist in Stundenlohn beschäftigt und haben meist ein erheblich niedrigeres Einkommen, als sie es früher als Handwerker im Akkorde erzielen. Der andre Teil der überflüssig gewordenen Seher, der nicht an der Maschine ausgebildet wurde, ist in andre Betriebe oder auch in andre Zweige des Gewerbes übergegangen (z. B. Zeitungssetzer in Verlagsdruckereien), jedoch zum Teil zu erheblich niedrigeren Löhnen. Die Frage, in welchem Umfange durch die Einführung der Schreib-

maschinen die besser entlohnte Akkordearbeit durch die Zeitungsarbeit ersetzt ist, und zwar besonders im Laufe des letzten Jahrs, wird von den einzelnen Firmen der Branche verschieden beantwortet. Eine sehr bedeutende Firma erklärt, daß bei ihr in den letzten Jahren die Handwerksarbeit infolge der Einführung der Schreibmaschinen auf die Hälfte zurückgegangen sei. Nach Schätzung einer großen Zeitungsdruckerei sind im Jahre 1912 bisher in Berlin etwa 100 Schreibmaschinen neu aufgestellt worden. Mehrere Firmen, darunter drei der größten Berliner Zeitungsdruckereien, bezeichnen die Verchiebung als besonders im letzten Jahr erheblich, ohne Zahlen anzugeben. Eine andre Firma, die mit Maschinen- und Handarb. arbeitet, hat für 1912 keine Verchiebungen in der Entlohnungsmethode beobachtet. Eine weitere der von uns befragten Druckereien hat überhaupt noch keine Schreibmaschinen eingestellt. Nach diesen Angaben scheinen im Buchdruckergewerbe die Auslichten, gegen Akkorde beschäftigt zu werden, wesentlich geringer geworden zu sein. Einen Prozentsatz der vor und nach der Einführung der Schreibmaschinen gegen Akkordebeschäftigten Gehilfen vermögen wir jedoch nicht anzugeben.“

Schiffenauslösung. Als Schiffe wurden in Oldenburg i. Gr. der Kollege Heinrich Wichmann und in Polen die Kollegen Richard Engelmann und Fellmann für das Jahr 1913 ausgelost.

Brandereignis. In der Hofbuchdruckerei von B. Ahrendt in Neubrandenburg wurden durch ein größeres Schandereignis mehrere Maschinen und fertige Auflagen von Schulbüchern zerstört.

Betriebsunfall. Durch das gefährliche und darum auch streng verbotene Herunterdrücken eines Spieghes wurde in den letzten Tagen ein kaufstummer Buchdruckerhilfsarbeiter in Oldenburg zum völligen Krüppel. Es wurde ihm die Hand zwischen Form und Walzen gerquetscht sowie das Unterarmgelenk heruntergerissen.

Zur Abfindung von Unfallrenten. Der Bundesrat hat unterm 21. Dezember 1912 eine Bekanntmachung über die Abfindungen von Unfallrenten beschlossen, die jetzt im „Zentralblatt für das Deutsche Reich“ Nr. 1 veröffentlicht wird. Danach erfolgt die Berechnung des Abfindungskapitals (an Stelle der laufend zu gewährenden Unfallrente zahlbar) bei Renten der Unfallverletzten in folgender Weise: Wenn die Abfindung im Lauf eines Jahrs, vom Unfalltag an gerechnet, erfolgt, so ist das Vierfache der Jahresrente zu zahlen. Erfolgt die Abfindung später, so richtet sich das Abfindungskapital nach dem inzwischen erreichten Alter des Verletzten und der seit dem Unfalltag verstrichenen Zeit. Für diese Berechnung und für die Berechnung der Abfindungen der Hinterlassenen ist eine Anzahl vericherungsmathematischer Tabellen aufgestellt worden.

Unternehmerubention für die Gelben im Steindruckergewerbe. In Nr. 101 des vorigen Jahrganges berichteten wir, daß die gelbe Organisation im Steindruckergewerbe durch den Schutzbund der Unternehmerorganisation im Steindruckergewerbe einen jährlichen Zuschuß erhalten soll, wenn die Gelben sich verpflichten, einige Statutbestimmungen ihres Verbandes nicht zu ändern, so daß der Unternehmerubention stets einen bestimmten Einfluß auf den gelben Schutzbund auszuüben vermag. Dem Verlangen des Unternehmerubentionsverbandes haben nun die Mitglieder des gelben Schutzbundes zugestimmt, wonach nun für jedes Mitglied 40 Pf. pro Woche Beitrag durch den Unternehmerubention zugestimmt werden, sofern es im Betrieb eines Schutzbundmitgliedes arbeitet. Die vorgenommene Abstimmung unter den Mitgliedern des gelben Verbandes hat ergeben, daß dem Angebote des Unternehmerubentionsverbandes mit 638 gegen 165 Stimmen zugestimmt wurde. Der Unternehmerubentionverband hat sich nun bereit erklärt, vom 1. Januar 1913 ab diese Summe, die ungefähr 9000 Mk. jährlich beträgt, an den gelben Schutzbund abzuführen. Es sind ungefähr 430 Mitglieder des gelben Schutzbundes in Schutzbundbetrieben beschäftigt. Diesen gelben Verbände gehören zum Teil die Steindruckere- und Lithographenverleiher an. Bisher gehörten auch die Lehrlinge vieler Steindruckerebetriebe dem gelben Verein als Mitglieder an, oder richtiger gesagt, die Schutzbundfirmen zahlten für ihre Lehrlinge die Beiträge an die gelbe Organisation. Die Lehrlinge traten aber allgemein nach dem Auslernen dem Lithographen- und Steindruckerverbande bei, so daß der Unternehmer wohl die Beiträge für die Lehrlinge zahlte und die Lehrlinge auch während einer Krankheit von dem gelben Verbände Krankenunterstützung bezogen, aber mit dem Augenblicke, wo sie Gehilfen wurden, verzichteten sie auf die Ehre, Mitglieder des gelben Vereins zu bleiben. Der Unternehmerubentionverband stellt jetzt die Zahlung von Beiträgen für die Lehrlinge ein, dafür entschädigt er nun diese gelbe Organisation mit einem direkten Beiträge für die abern Mitglieder. Ebenfalls eine wohlverdiente Liebesgabe für treue Dienste.

Zur Situation im Holzgewerbe. Nach dem bereits gemeldeten Abbruch der Verhandlungen im Holzgewerbe hatte der Deutsche Holzarbeiterverband auf den 18. Januar eine Konferenz von Vertretern aus allen Vertragsstädten nach Berlin einberufen, um zu der gegebenen Situation Stellung zu nehmen. Die von etwa 150 Delegierten besuchte Konferenz hat einstimmig beschlossen, die Forderungen und brüskierenden Ansprüche des Arbeitgeberubentionsverbandes mit ganzer Entschiedenheit zu bekämpfen. Die Holzarbeiter Deutschlands sind fest entschlossen, an der von ihnen geforderten Verkürzung der Arbeitszeit, die in den allermeisten Fällen eine sehr bescheidene ist, als auch an der vierjährigen Vertragsdauer unbedingt festzuhalten und werden sich von diesem Entschluß auch durch (Fortsetzung der Beilage.)

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 10 — Leipzig, den 23. Januar 1913

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

(Vorfassung aus dem Hauptblatt.)

den zum 15. Februar von dem Arbeitgeberverband androhen Kampf auf der ganzen Linie nicht abbringen lassen. In einer zweifellos aus den Reihen des Arbeitgeberverbandes stammenden Notiz in der „Berliner Volkszeitung“ vom 17. Januar wird erklärt, daß ein Eingreifen der Regierung, um die jetzt daniederliegenden Verhandlungen wieder aufzunehmen, von den Unternehmern als unwahrscheinlich angesehen würde. Auch die Konferenz der Holzarbeiter stand dem Eingreifen eines Unparteiischen sehr unsympathisch gegenüber.

Beiträge zur Angestelltenversicherung und steuerpflichtiges Einkommen. Der preussische Finanzminister hat an die Vorsitzenden der Einkommensteuerberufungskommissionen einen Erlass gerichtet, worin darauf hingewiesen wird, daß die wirklich geleisteten Beiträge zur Angestelltenversicherung vom steuerpflichtigen Einkommen abzugsfähig sind. Allerdings bezieht sich diese Abzugsfähigkeit nur auf den Betrag, den die Versicherten selbst zu leisten haben, nicht auch auf die Unternehmerhelfe.

Zur Errichtung eines Reichseinigungsamts. Das Gewerbeamt in Bremen stellte ohne Zustimmung der Arbeitgebervertreter an den Reichstag den Antrag, als Reichseinigungsamt eine Behörde mit den Befugnissen eines ordentlichen Gerichts einzusetzen, das als ständige Vermittlungsstelle bei Streiks und als höchste Tarifinstanz bei Tarifstreitigkeiten fungieren sollte. Die Petitionskommission des Reichstags hatte sich nun kürzlich mit diesem Antrag zu beschäftigen und gleichzeitig auch mit einem dagegen gerichteten Protest der Arbeitgebervertreter an Bremer Gewerbeämter. Die letzteren machen geltend, daß bei drohenden Konflikten der gute Wille bei den beteiligten Personen auch ohne ein Zwangseinigungsamt zum Ausgleich führen könne, dieser aber bei in der Regel bei den Unternehmern nicht vorhanden. Eine Einigung durch gerichtlichen Zwang wäre die Folge derartiger gesetzgeberischer Maßnahmen, die unter allen Umständen zu bekämpfen seien. Von den Vertretern der Sozialdemokratie in der Petitionskommission wurde beantragt, die Petition der Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen. Sie betonten, daß sie der Errichtung von Einigungsämtern an sich insofern gegenüberstünden, daß die jetzige Regierung dem Reichstag die Errichtung eines Einigungsamts, dem Votum des Reichstags, die Errichtung ohne Einschränkung beizutreten. Insbesondere sei darauf hinzuweisen, daß die gewerblichen Schiedsgerichte sich trotz ihrer Machtbefugnisse bis heute gegen den Widerstand der Unternehmer nicht durchsetzen konnten. Der Standpunkt des „Herrn im eignen Haus“ sei solchen Einrichtungen eben nicht günstig. Zum mindesten müsse ausgesprochen werden, daß das Reichseinigungsamt wohl einen Verhandlungszwang, aber unter keinen Umständen einen Einigungszwang ausüben dürfe. Schließlich wurde aber ein Antrag auf Überweisung an die Regierung zur Berücksichtigung doch einstimmig angenommen.

Abänderung der städtischen Arbeitslosenfürsorge in Mannheim. Da die seit 1. Mai 1911 in Mannheim von der Stadterwaltung eingeführte Arbeitslosenfürsorge in Form einer speziellen Sparkassen-Einrichtung bei der Arbeiterschaft nur wenig Anklang gefunden hat und infolgedessen auch ihren Zweck nicht erfüllen konnte, sind nun neue Bestimmungen vom Stadtrat anerkannt und zum Beschluß erhoben worden, die die Einrichtung auf einen viel vernünftigeren Boden stellen. Es wird dadurch die bestehende Spareinrichtung aufgehoben, und an ihrer Stelle werden nach dem Center Systeme Zuschüsse an die Mitglieder von Berufsvereinen mit oder ohne Arbeitslosenversicherung geleistet werden; auch für nichtorganisierte Arbeiter sind entsprechende Zuschüsse vorgesehen. Für die neue Einrichtung, die am 1. Juli d. J. in Kraft treten soll, wurden zunächst 25000 Mk. in den diesjährigen Voranschlag eingestellt.

Christlich-nationales Verlangen nach Ausnahmegeetzen gegen die Arbeiterchaft. Im christlich-ökologischen „Bols“ legte sich kürzlich der Plauderer „Bergfrieder“ für Ausnahmegeetze gegen die Arbeiterchaft folgendermaßen ins Zeug: „Wenn man den Satz betrachtet, mit dem die Kofen an jene Zeit denken — und wenn man den Eifer leht, mit dem sie ein ähnliches künftiges Geetz durch Knebelung anderer Parteien zu verhüten suchen —, dann sollte man fast denken, solch Geetz möchte doch sein Gutes haben, sei's auch immer ein Ausnahmegeetz. Ich meine — und mein Herr Nachbar denkt und redet ähnlich —, für oder gegen besondere Zustände oder Schäden oder Feinde sind auch besondere Abwehrmaßnahmen zulässig und nötig. Herkömmlich irgendwo im Land ein besonderer Nothstand — Wassernot, wirtschaftliche Bedrängnis, etwa in unserm Industriegebiet, gegenüber dem Ruhr- und Kanalgebiet usw. —, dann findet man es doch selbstverständlich, daß die Landesbehörde besondere Maßnahmen trifft (Ausnahmetarife), der gefährdeten Gegend Hilfe zu bringen. Oder wenn das Deutschtum bedroht und bedrängt wird — in der Ostmark durch die Polen, in der Westmark durch die Französlinge, in der Nordmark durch die Dänen —, da kann es Selbsterhaltung, Nothwehr sein, Ausnahmegeetze zu schaffen —,

genau so, wie es Nothwehr ist, wenn Geetz und Gewalt im Staate des Nothfalls niederhält. Kein Hausherr läßt auf seinem Grund und Boden jeden um und treiben, was ihm lust einfällt, am wenigsten läßt er das Fundament seines Hauses antasten. Da ist ihm jedes Mittel recht, das den Fremdling unschädlich macht.“

Niederlage des englischen Arzteverbandes. In Nr. 2 haben wir über den Widerstand des englischen Arzteverbandes gegen das neue Versicherungsgeetz in England berichtet; dieser Kampf hat nun mit einem Siege der englischen Regierung über den Arzteverband geendet. Trotz des Verbots, als Krankenkassenärzte bei der Arbeiterversicherung zu wirken, haben nämlich im ganzen etwa 15000 Mitglieder des Arzteverbandes ihre Namen in die Listen der Kassenärzte eingetragen und damit den ärztlichen Dienst so gut wie sichergestellt.

————— Verschiedene Eingänge —————

„Statistische Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Buchbinderei und verwandten Gewerben.“ Aufgenommen im Jahre 1910. Mit einer Einleitung über die Ausbreitung der Buchbinderei und Kartonagenfabrikation nach der amtlichen Berufs- und Betriebszählung vom 12. Juni 1907. Herausgegeben vom Vorstande des Deutschen Buchbinderverbandes. Zu beziehen durch den Selbstverlag des Deutschen Buchbinderverbandes, Emil Kloth, Berlin S 59, Urbanstraße 63 I.

„Die Rechtsverhältnisse der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter Deutschlands.“ Dargestellt im Spiegel der gegenwärtigen Rechtsprechung von Frh. Gaab. Herausgegeben vom Deutschen Landarbeiterverband.

„In Wehr und Waffen.“ Von Karl Schmidt. Heft 1. Preis 50 Pf. Verlag der „Tribüne“ in Berlin SW 68, Zimmerstraße 7/8. Der gewandte und scharfsinnige Redakteur der Wochenschrift für Aufklärung, Belehrung und Unterhaltung, „Die Tribüne“ hat in dem vorliegenden Heftchen eine Auswahl seiner besten Arbeiten veröffentlicht, durch die er sich, wie er selbst schreibt, das väterliche Wohlwollen der Behörden leichtsinig verscherte. Für die „Mitteln“ und „besondere Erinnerungen an vergangene Zeiten“ und für die Jungen ein ausgesprochenes Mittel, das sie in den Stand setzt, die Vergangenheit mit der Gegenwart zu vergleichen und dadurch ihre Einsicht zu bereichern. Freunde einer offenen und sprühend geschriebenen Kritik öffentlicher Zustände in Politik wie Wirtschaftslieben werden an diesen Heftchen ihre Freude haben.

„Geschichte des Sozialismus in England.“ Von M. Beer. XII und 512 Seiten Großoktav. Preis broschiert 6,50 Mk., gebunden 7,50 Mk. Aus dem Inhalte heben wir hervor: Erster Teil. Wirtschaftliche Revolution, Sozialkritik und Sozialismus. Von 1750 bis 1824. Zweiter Teil. Die Periode des Charismus. Von 1825 bis 1854. Dritter Teil. Die neueste Periode. Von 1855 bis 1912. Der Verfasser schreibt im Vorwort u. a.: Das vorliegende Buch will eine zusammenhängende Geschichte des sozialistischen Denkens und Strebens sowie der politischen Arbeiterbewegung Großbritanniens seit ungefähr 1750 bis Ende 1912 geben. Es ist sowohl für Arbeiter wie für logische Fachleute geschrieben. Das über 500 Seiten starke Buch ist im Verlage von J. S. W. Dieß in Stuttgart erschienen.

————— Briefkasten —————

H. E. in Kassel: Die Arbeit hätten Sie sich sparen können, nachdem Sie Gewißheit erlangt, daß Bericht angekommen. — W. W. in Hannover: Ihr Bericht erforderte Strafporto. — R. G. in Wien: Ihre Zeilen haben uns sehr erfreut, da sie von einem Manne kommen, der vor 50 Jahren schon für den „Korr.“ als Mitarbeiter tätig war und sich jetzt in gebobener Stellung mit einer solchen Wärme noch dieser Wahrnehmung der kollegialen Interessen erinnert. Haben Sie Dank für Ihre kiefempfindenen Zeilen. Das Gewünschte ist Ihnen logisch zugegangen. — St. in Leipzig: Mangels näherer Adresse hierdurch die Mitteilung, daß Sie bei Ihrem Besuch auf der Redaktion einen Patentbleistift haben liegen lassen. — S. M. D. in D.: Also wieder eine Type dahin! Da ist es wohl besser, die Generalversammlung wird noch abgelaßt. Frdl. Gruß! — D. J. in Berlin: Betrag war richtig. — A. 15 Kammfaff: Brief abholen. — C. J. in Biberach: 20 Pf.

Die Gaukassierer werden gebeten, für die Einrichtung der den Rechenschaftsberichten der Gaue beizugehenden Übersicht über die Leistungen der Gau-, Bezirks- und Ortskassen unsere Tabelle in Nr. 115 von 1912 allgemein zur Grundlage zu nehmen. Es würde uns dadurch die zusammenfassende Bearbeitung wesentlich erleichtert werden. Außerdem bitten wir, alle Ausgaben für tarifliche Einrichtungen in einer besonderen Rubrik aufzuführen zu wollen. Die Redaktion.

————— Verbandsnachrichten —————

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5 II.
Fernprediger: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

Obergau. Der in diesem Jahre statutgemäß abzuhaltende Gau-tag findet laut Beschluß des Gauvorstandes nach der Generalversammlung statt.

————— Adressenveränderungen —————

Mffen. Vorsitzender: Albert Biecker, Schmalbachstraße 1 I.; Kassierer: Hans Brunn, Warendorfer Str. 21 II.
Bamberg. Vorsitzender: Kaspar Wegemann, Kapellenstraße 16; Kassierer: Robert Brandel, Ehrlichstraße 61 III.
Quisburg. (Maschinensehervereingung Rheinland-Westfalens.) Vorsitzender: Konrad Zimmermann, Molkestraße 6 I.; Kassierer: Franz Ehlers, Sedanstraße 4.
Elberfeld. (Maschinensehervereingung Rheinland-Westfalen, Bezirk Barnen.) Vorsitzender: Erik Himmelmann, Barnen, Schafbrückenstraße 22.
Gießen. (Bezirksmaschinenmeisterklub.) Vorsitzender: Oskar Fabich, Kaiserallee 15; Kassierer: Hermann Wölfer, Gr. Steinweg 3.
Kattowich (D.-Schl.) (Ord und Bezirk.) Wegen Behinderung des Vorsitzenden sind alle Zulchriften an Joseph Bernhardt, Kattowich-Zawodzie, Kaiser-Wilhelm-Straße 26a II, zu richten.

Koblenz. Vorsitzender: Paul Stahnke, Markt 2; Kassierer: Emil Sieclaff, Nikolastraße 6.

Markneukirchen (Bogal.) Vorsitzender und Kassierer: Emil Söhner, Albersstraße 136.

Salzungen-Schömar. Vorsitzender: Gottlieb Burkhardt, Salzungen, Kampstraße 3; Kassierer: Wilhelm Fischer, Salzungen, Waldstraße.

Schoppeheim-Zell. Vorsitzender: Friedrich Reichardt, Schoppeheim, Wallstraße 13.

————— Zur Aufnahme gemeldet —————

Einwendungen in bezug auf den an die beabsichtigte Adressen:
In Diedenhofen der Seher Willi Sattler, geb. in Bülkingen 1893, ausgel. in Bülkingen (Saar) 1911; war noch nicht Mitglied. — Rud. Bock in Meß, Maschlenstraße 37.

In Frankfurt a. M. der Seher Hans Herborn, geb. in Montabaur 1891, ausgel. dal. 1909; war noch nicht Mitglied. — S. Bachhaus, Allerheiligenstraße 51.

In Hildesheim der Seher August Berger, geb. in Hildesheim 1893, ausgel. in Hannover 1912; war noch nicht Mitglied. — Paul Freutel, Wiesenstraße 10 II.

In Merseburg a. S. die Seher 1. Otto Zwerg, geb. in Wittenberg 1886, ausgel. in Merseburg 1904; 2. Willi Hesse, geb. in Gratzlee bei Wittenberg 1879, ausgel. in Kolmar i. P. 1906; 3. der Stereotypen Hugo Dies, geb. in Merseburg 1884, ausgel. dal. 1902; waren schon Mitglieder. — Franz Schindelhauer in Halle a. S., Wielandstraße 26.

In Nordhausen der Schweizerdegen Erik Häuschild, geb. in Nordhausen 1891, ausgel. dal. 1909; war schon Mitglied. — Max Buchta in Sangerhausen, Hülfenstraße 55.

In Osnabrück der Seher Otto Hans Harrab, geb. in Großenhain 1893, ausgel. in Eilsterode 1912; war noch nicht Mitglied. — Karl Rabes, Kolenplatz 9.

————— Arbeitslosenunterstützung —————

Essen (Ruhr). Der Stereotypen W. Harre (zurzeit in Buer konditionierend) wird hierdurch aufgefordert, unverzüglich den Restbetrag von 4,75 Mk. für ein verloren gegangenes Buch an den Kassierer M. Adamczewski einzulösen.

————— Versammlungskalender —————

Mecherleben. Maschinenmeisterversammlung Sonnabend, den 25. Januar, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, im „Kaffeehofe“.
Mantene. Generalversammlung Sonnabend, den 25. Januar, abends 8 Uhr, bei Dr. David, Buchenduben, Bahnhofsstraße.
Chemnitz. Maschinensehergauterversammlung Sonntag, den 26. Januar, vormittags 11 Uhr, in der „Linde“, am Mühlengäßchen.
Wöbern. Generalversammlung Sonnabend, den 25. Januar, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, in der „Müldenstraße“.
Duisburg. Bezirksversammlung Sonntag, den 23. Februar, nachmittags 3 Uhr, in Stehrade, Hotel „Kaiserhof“, Alter Markt 7. Anträge bis 8. Februar an den Vorsitzenden.
Mühlstedt. Maschinensehergeneralversammlung Sonntag, den 26. Januar, vormittags 10 1/2 Uhr, im „Karlshöfer Hof“, Ecke Karlplatz und Bülger Straße.
Einbech. Generalversammlung Sonnabend, den 25. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal.
Erfangen. Generalversammlung Sonntag, den 26. Januar, nachmittags 4 1/2 Uhr, im „Schwarzen Bären“, Bräuer Straße.
Frankfurt a. M. Vertrauensmännerversammlung Sonn-

abend, den 8. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Kolleg 9 des Gewerkschaftshauses, Eingang am Schwimmbad.
Frankfurt a. M. Maschinenmeißergeneralversammlung am Sonntag, den 2. Februar, vormittags 10 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Kolleg 3.
Friedrichroda-Waltershausen. Generalversammlung Sonntag, den 26. Januar, nachmittags 3 Uhr, in der „Grünen Tanne“, Waltershausen.
Gotha. Maschinenmeißerverammlung am Sonnabend, dem 25. Januar, abends 9 Uhr.
Großsch-Bogau. Versammlung Sonnabend, den 25. Januar, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal in Großsch.
Hamburg-Altona. Maschinenmeißergeneralversammlung Sonntag, den 26. Januar, nachmittags 3 Uhr, im Vereinslokal Eichelberg, Al. Rosenstraße 16.

Siechberg i. Schl. Maschinenmeißergeneralversammlung Sonntag, den 26. Januar, vormittags 9 Uhr, in der „Stadtbrauerei“.
Stoblenz. Hauptbezirksversammlung Sonntag, den 23. Februar in Stoblenz. Anträge bis 10. Februar an den Bezirksvorstehenden.
Landshut (Bayern). Generalversammlung Sonnabend, den 25. Januar, abends pünktlich 8 Uhr, im „Mojerbräu“, Obere Althof.
Leipzig. Korrektorenhauptversammlung am Sonntag, dem 26. Januar, vormittags 10 1/2 Uhr, im „Schloßheller“, Dresdener Straße.
Magdeburg. Maschinenmeißerverammlung Sonnabend, den 25. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im „Bodensteiner“, Breiteweg 168 II.

Münster i. W. Bezirksversammlung Sonntag, den 16. Februar, in Münster. Anträge bis 7. Februar an den Vorsitzenden.
Neustadt a. d. S. Jahresgeneralversammlung Sonntag, den 26. Januar, vormittags 9 1/2 Uhr, im Lokale „Münzer“. Anträge sofort an den Vorsitzenden.
Oldenburg i. Or. Bezirksversammlung Sonntag, den 2. März, vormittags 9 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“. Anträge bis 15. Februar an den Vorsitzenden.
Saßungen-Bad Liebenstein-Bacha. Generalversammlung Sonnabend, den 25. Januar, abends pünktlich 8 Uhr, im Restaurant Koch in Saßungen.
Wesel. Bezirksversammlung Sonntag, den 2. März, nachmittags 3 Uhr, in Wesel, im Restaurant „Bürgerverein“, Stöppelortstraße. Anträge bis 20. Februar an den Vorsitzenden.

Bericht über die Wirksamkeit der paritätischen Tarifarbeitsnachweise im IV. Quartale 1912

(Veröffentlicht vom Tarifamte der Deutschen Buchdrucker)

Arbeitsnachweis zu:	Durchschnittlich arbeitslos pro Woche im				Vermittelt wurden im				Arbeitsnachweis zu:	Durchschnittlich arbeitslos pro Woche im				Vermittelt wurden im			
	Oktober		November		Oktober		November			Oktober		November		Oktober		November	
	Ö.	Dr.	Ö.	Dr.	Ö.	Dr.	Ö.	Dr.		Ö.	Dr.	Ö.	Dr.	Ö.	Dr.	Ö.	Dr.
Aachen	7	3	7	3	9	2	3	1	6	1	11	2	5	2	1	6	1
Allenberg	7	2	5	1	6	2	1	13	1	3	2	1	3	1	3	1	4
Altenburg	9	2	11	2	14	3	31	19	3	9	3	13	3	13	3	13	3
Barmen	19	7	13	3	8	3	8	11	3	8	1	8	1	8	1	8	1
Berlin	725	177	700	156	660	172	353	256	471	325	271	158	5	5	5	5	5
Bielefeld	17	13	13	11	4	3	4	11	1	11	5	7	7	7	7	7	7
Brandenburg	9	6	6	4	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3
Braunshweig	26	9	15	5	12	6	1	17	2	9	9	1	1	1	1	1	1
Bremen	31	10	32	19	31	7	23	19	10	10	3	3	3	3	3	3	3
Breslau	147	20	87	19	77	16	39	11	19	11	11	11	11	11	11	11	11
Chemnitz	21	6	15	4	11	1	16	12	2	2	2	2	2	2	2	2	2
Danzig	17	7	6	3	2	2	16	4	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Darmstadt	23	1	10	2	9	2	2	19	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Deßau	27	4	22	4	6	6	1	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4
Dortmund	68	15	41	15	60	20	11	32	115	27	65	21	2	2	2	2	2
Dresden	7	5	1	1	2	2	2	13	13	13	13	13	13	13	13	13	13
Duisburg	38	8	20	6	5	4	1	1	2	2	2	2	2	2	2	2	2
Düsseldorf	8	3	4	2	8	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2
Erfurt	16	5	6	3	2	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Eisen	9	3	5	2	4	4	1	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2
Flensburg	71	25	46	22	41	12	23	6	38	11	35	8	8	8	8	8	8
Frankfurt a. M.	16	9	9	9	12	2	6	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3
Frankfurt a. O.	7	2	2	2	7	2	2	17	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Freiburg i. Br.	7	2	2	2	7	2	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Göppingen	2	2	2	2	2	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Gotha	4	2	4	2	2	2	1	14	5	5	5	5	5	5	5	5	5
Hagen	77	30	38	28	5	25	8	34	5	33	4	4	4	4	4	4	4
Halle a. S.	97	30	45	24	75	28	150	24	161	27	97	15	15	15	15	15	15
Hannover	35	21	30	15	32	17	1	16	4	16	3	3	3	3	3	3	3
Hildesheim	3	3	3	3	5	2	4	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Jena	20	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1

Im Durchschnitt waren arbeitslos pro Woche:

Im III. Qu. 1911: 2099 Seher	Im III. Qu. 1911: 504 Drucker
IV. 1912: 1321	IV. 1912: 435
I. 1912: 1065	I. 1912: 473
II. 1912: 1631	II. 1912: 537
III. 1912: 2755	III. 1912: 820
IV. 1912: 2005	IV. 1912: 535

Untergebracht wurden:

Im III. Qu. 1911: 3318 Seher	Im III. Qu. 1911: 1329 Drucker
IV. 1912: 4622	IV. 1912: 1380
I. 1912: 5135	I. 1912: 1037
II. 1912: 2598	II. 1912: 1308
III. 1912: 2899	III. 1912: 1471
IV. 1912: 4275	IV. 1912: 1471

Nach den Rechenschaftsberichten des Verbandes der Deutschen Buchdrucker arbeitslose Tage am Ort und auf der Reise:

Im II. Qu. 1909: 242 598 Tage	Im II. Qu. 1911: 159 181 Tage
III. 1912: 376 086	III. 1912: 199 531
IV. 1912: 253 056	IV. 1912: 357 207
I. 1913: 190 631	I. 1913: 210 443
II. 1913: 244 600	II. 1913: 181 021
III. 1913: 384 103	III. 1913: 244 934
IV. 1913: 143 113	IV. 1913: 434 229

Außerdem: 79 Maschinenseher, 28 Korrektoren, 63 Schweizerbege, 36 Stereotypisten.

Außerdem: 86 Maschinenseher, 27 Korrektoren, 152 Schweizerbege, 118 Stereotypisten.

Außerdem: 69 Maschinenseher, 3 Korrektoren, 73 Schweizerbege, 34 Stereotypisten.

„Gutenberg“ Leipzig

Sonnabend, den 25. Januar, in sämtlichen Sälen des „Kriesspallastes“:

Samorabend

Konzert in der „Alberthalle“ unter Mitwirkung hervorragender hiesiger und auswärtiger Kräfte.

Einlaß 6 1/2 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.

Welcher Kollege (Schweizerbege) tüchtige, arbeitskräftige Kraft, würde sich an Druckerei in Berlin beteiligen? Erforderlich 3-5000 Mk. Offert. Postlagerl. Berlin N. 160.

Zur Druckerei passend zu vermieten per sofort oder 1. April 1913 heller, hoher, mit Niesolom belegter

Betriebsraum

etwa 270 qm, mit Anschluss für Gas und Elektrizität, Näheres Bahnhofsstraße 15, St. Georg (etwa fünf Minuten vom Hauptbahnhof). [169]

Einkaufsgesellschaft Hamburg.

Vulkaniseur und Stempelseher
für größere Stempelfabrik Süddeutschlands gesucht. Nur solche Herren, die im Vorkurs und Vulkanisieren tüchtig, wollen Offerte unter Nr. 172 an die Geschäftsstelle dieses Blattes senden.

Erster Akzidenzseher
tüchtige, selbständige Kraft, in dauernde, angenehme Stellung gesucht. Offerten mit Gehaltsansprüchen und Angabe des Eintrittstermins an [186] Gerhard Stalling, Oldenburg i. Or.

Stempelseher

(eventuell erster Akzidenzseher), auch im Dvallsche firm, bei per sofort oder später dauernde Stellung bei [192] Theodor Kaiser, Stempelfabrik, Berlin SW., Charlottenstraße 16.

Junger Maschinenmeister

für feinsten Akzidenzdruck sofort in dauernde Stellung gesucht. Angebote mit Gehaltsforderung und Angabe des Alters erbeten. [191] R. Dietrich, Düren (Rhld.).

Tüchtiger, selbständig arbeitender **Inferatenseher** will sich nach Norddeutschland in dauernde Stellung verändern. Erhlt. Zeugnisse vorh. Prob. Hannover bevorzugt. Offerten unter Nr. 188 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Gutenbergbüßen in Alabaster- oder Eisenbeinmaße zu Mk. -90, -25, -6, 7, 50, 18, 22, 50 und 36 je nach Größe erhältlich H. Siegel, München 80 7. Katalog gratis.

Maschinenmeißerverein Hamburg-Altonaer Buchdrucker
Sonntag, 26. Januar, nachmittags 3 Uhr, im Restaurant Eichelberg, Kleine Rosenstraße 16:

Generalversammlung

An demselben Tage findet dortselbst von 10 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags eine

Druckfachenausstellung

statt. Dieselbe ist reich besichtigt und bietet den Kollegen Gelegenheit, die neuesten Erzeugnisse auf graphischem Gebiete kennen zu lernen. Eintritt jedermann gestattet. Zahlreichen Besuch erwartet [185]

Der Vorstand. Die Technische Kommission.

Erster Seher (Faktor)

tüchtig im Akzidenzseher, der meinen technischen Betriebe - tägliche Zeitung mit Rotation, Linotypsetzmaschine, 13 technische Arbeitskräfte - vorziehen und Lehrlinge anleiten kann, auch am Kopfen selbst mit arbeitet, sicher kalkulieren und zeitweise die Kundschaft besuchen muß, erhält sofort oder später dauernde Stelle. Angebote mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen an **C. Kollerdorf, Delbe (Weiß)**. [157]

Graphische Bereinigung Dresden
Freitag, den 24. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal „Zum Senefelder“, Kaulbachstraße 16: Neujahrshartenaustrausch 1913 (Ausstellung mit Referat). Besprechung der Weihnachtshilfe und Kalender 1913. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten. [187]

Typographische Rundschau
Monatsschrift mit jährl. 700 mod. Satzvorlagen. Probeheft 30 Pf. Herausg. J. Wienand, Bonn 1.

Nach langem, schwerem Leiden verstarb am 18. Januar unser lieber Kollege, der Maschinenseher [190]

Hermann Grau

aus Stallupönen (Ostpr.), im Alter von 30 Jahren. Sein aufrichtiger, behedener Charakter sichert ihm ein ehrendes Andenken. Die Verbandsmitglieder der Firma August Schert, G. m. b. H., Berlin.

Argyrolvernebler Kalkinhalator „Triplex“
von Dr. Fetterer,
vorzüglich bei **Katarrh, Hals-, Stimmgang-, Nervenleiden**, 3fachen Nebel, trocken, feucht, nach Aus Urteilen: Ein Vernebler. Durch H. großart. Erf. Ein Vernebler: App. ist non plus ultra. Herr L. in Ch.: App. ist 10 fach wert. Preis 7,50 Mk. Kosopolische Freilung

Richard Härtels Bucherverlag
(R. Siegel), München 2, Holzstraße 7.
Fachliteratur, Werke, Musikalien u. Theaterstücke. Katalog un berechnet und frei.
Kleines Fremdwörterbuch. Von F. C. H. Seyse. Geb. 1,20 Mk.
Lehrbuch der Buchdruckerkunst. Von Aug. Müller. Geb. 6 Mk.

Adressen für Zusendungen an den „Korrespondenz für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“:
für Artikel, Sozialpolitik und Genossenschaftswesen: Willi Krahl;
Rundschau, Volkswirtschaft und Literarisches: C. Schaeffer;
Korrespondenzen, Ausland und Gewerkschaftsrevue: Karl Helmholz;
Verbandsnachrichten, Inferate, Offerten, Postanweisungen usw.: Georg Ebblich;
Sämtlich in Leipzig, Salomonstr. 8. (Fernspr. 14111) Straße und Hausnummer sind stets anzugeben!